

Haushalte 2018 und 2019 im Gleichgewicht

Nachdem wir Ihnen vor einem Monat in einer Regierungserklärung bereits unsere inhaltlichen Schwerpunkte für die letzte Sitzungsperiode in dieser Legislaturperiode vorgestellt hatten, kommen wir heute zu den Zahlen.

Nach mehreren Klausurtagungen, Konzertierungen mit den Sozialpartnern und Gesprächen mit jedem einzelnen Kollegium aller 9 deutschsprachigen Gemeinden

hat die Regierung am 04. Oktober 2018 die 2. Anpassung des laufenden Haushaltes sowie den Haushalt für das Jahr 2019 beschlossen.

Die wichtigsten finanzpolitischen Entwicklungen und Eckdaten habe ich dem zuständigen Parlamentsausschuss bereits am 24. September mitgeteilt.

In dieser Sitzung habe ich schon darauf hingewiesen, dass sich einige makroökonomischen Parameter in den letzten Monaten verschlechtert haben.

Das föderale Planungsbüro hat seine Wachstumsprognosen für unser Land nach unten korrigiert:

Für 2018 prognostiziert das Planbüro jetzt ein Wirtschaftswachstum von 1.5 %. Dasselbe Büro war noch im Juni von 1.8% Wachstum ausgegangen.

Ähnlich sieht es für 2019 aus.

Das Planbüro hatte Belgien im Sommer für 2019 ein Wachstum von 1,7 % vorausgesagt.

Jetzt sollen es nur noch 1,5% sein.

Diese Verschlechterung der Konjunkturprognosen ist den Experten zufolge nicht Haus gemacht.

Sie wird vorwiegend auf internationale Krisen und Konflikte zurückgeführt.

Insbesondere auf den wiedererstarkenden Protektionismus großer Wirtschaftsmächte.

Die Politik des amerikanischen Präsidenten,
der wie entgeistert und unberechenbar mit Dekreten um sich wirft
und sich dabei täglich widerspricht,
die daraus entstehende weltweite Verunsicherung,
die egoistische Devise „we first“
und die damit verbundenen weltfremden Abschottungsversuche
schaden mittelfristig nicht nur den USA selbst – wovon ich zutiefst überzeugt
bin -
nein sie schaden der ganzen Welt;
sie schaden unserem Land und sie schaden Ostbelgien.

Die Entwicklung des BIP hat einen direkten Einfluss auf unsere Einnahmen.

Sinkt das Wachstum, dann sinken unsere Einnahmen
und damit unsere Gestaltungsspielräume.

Das sollten all jene wissen, die Trumps Politik hierzulande verteidigen.

Dieser Mann schadet auch uns hier in Ostbelgien!

Das föderale Planbüro hat mittlerweile auch neue Inflationsprognosen
veröffentlicht.

Demzufolge steigt die Inflation schneller als erwartet:

In 2018 um 2,0 % (statt 1,7%) und in 2019 um 1,9 % (statt 1.7 %).

Das hat unter anderem zur Folge,
dass die Gehälter im öffentlichen Dienst einen Monat früher indexiert werden
als noch im Sommer vermutet.

Statt wie ursprünglich vorgesehen im November
werden die Gehälter schon im Oktober um 2% erhöht.

Die vorzeitige Indexierung insbesondere der Gehälter im Unterrichtswesen
führt unmittelbar zu zusätzlichen Ausgaben für unsere Gemeinschaft.

Im Gegensatz zu dem,
was scheinbar noch einige vermuten
– bezahlt nämlich nicht der Föderalstaat sondern die DG
die Indexierung dieser Gehälter; und zwar in allen Unterrichtsnetzen.

Ich darf Sie aber beruhigen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Regierung hatte sich schon im Juni auf derartige Entwicklungen vorbereitet.

Unsere Einnahmen vorsichtig einzuschätzen gehört bekanntlich
zu unserer finanzpolitischen Strategie;
genauso wie das Einplanen von Sicherheitsreserven im Ausgabenhaushalt.

Wir sind in der Lage mit dieser Situation umzugehen
und gleichzeitig weiterhin unsere inhaltlichen Schwerpunkte zu finanzieren.

So werden Sie beispielsweise den Unterlagen entnehmen können,
dass wir für das kommende Jahr erneut
eine **Erhöhung der Ausgaben für die Bereiche Familie, Senioren, Soziales,
Behindertenpolitik und Gesundheit** vorsehen.

Und das obwohl wir in dieser Legislaturperiode bereits große Anstrengungen unternommen haben, um gerade diese zentralen Bereiche unserer Politikgestaltung aufzuwerten

Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits die Anzahl der Alten-Pflegeheimplätze erhöht.

Wir haben Millionen in die Sanierung und den Ausbau der bestehenden Heime investiert.

Wir haben die Anzahl der betreuten Wohnungen verdoppelt und neue alternative Wohnformen ermöglicht.

Wir haben die Mittel für häusliche Hilfen um mehr als 30 % erhöht.

Die Entschädigungen für Tagesmütter wurden um 9 % angehoben.

Die Mittel für das Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung (RZKB) wurden mehr als verdoppelt.

Zusätzliche Kinderkrippenplätze wurden geschaffen.

Für die AUBE konnten 4 zusätzliche Standorte eröffnet werden.

Die Ferienangebote für Kinder und Jugendliche konnten erweitert werden usw.

Um nur einige Beispiele zu nennen.

Aber, wie Sie wissen, geben wir uns mit all dem nicht zufrieden.

Wir wollen mehr!

Wir wollen, dass jede Frau und jeder Mann in unserer Gemeinschaft selbstbestimmt und in Würde altern kann.

Wir wollen die Anzahl betreuter Wohnungen und alternativer Wohnformen ausbauen.

Und wir wollen die Wartelisten in APH weiterhin konsequent abbauen.

Bis zum Ende dieser Legislaturperiode entstehen 111 zusätzliche APH- Plätze, dies entspricht einer Erhöhung um immerhin 15%.

Die damit verbundenen Mehrkosten haben wir natürlich in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Und wir sind bereit 150 weitere Plätze zu finanzieren.

Auch dazu sind wir finanzpolitisch in der Lage.

Im kommenden Jahr werden wir bekanntlich für die Alten- und Pflegeheime zuständig.

Wir werden in Kürze den Entwurf eines Grundlagendekrets über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf im Parlament hinterlegen.

Die Regierung hat den Entwurf bereits in letzter Lesung verabschiedet.

Wir versprechen Ihnen :

Wir werden diese neue Zuständigkeit nutzen, um erstens eine gesunde, unbürokratische Finanzierungsgrundlage für die APH zu schaffen und zweitens die **Gehälter des Pflegepersonals im Seniorenbereich spürbar zu erhöhen**.

Dieses Personal leistet eine äußerst anspruchsvolle und wertvolle Arbeit.

Es wird aber nach unserem Dafürhalten zurzeit nicht angemessen bezahlt.

Das wollen wir ändern!

Darüber haben wir uns bereits am 04. Oktober 2018 mit dem WSR ausgetauscht und die Sozialpartner des NKS für den 22.11.2018 zu einer ersten Verhandlungsrunde über ein neues Abkommen eingeladen.

Das bestehende Abkommen läuft bekanntlich Ende 2019 aus.

Die Gelegenheit ist also sehr günstig unseren **Worten Taten folgen zu lassen** und die angestrebte Aufwertung progressiv umzusetzen.

Selbstverständlich werden wir auch entsprechende Gespräche mit den öffentlichen Trägern von APH führen.

Die finanziellen Handlungsspielräume, die wir für die nächsten Jahre erarbeitet haben und auf die ich gleich eingehen werde, zeigen auf, dass wir all das nicht nur wollen sondern auch können.

Auch die versprochene progressive Aufwertung des gesamten sozio-kulturellen Sektors können wir mit diesen Handlungsspielräumen finanzieren.

2019 erhöhen wir ebenfalls – zum wiederholten Male – unsere **Investitionen in die Familienpolitik**; nicht zuletzt um unseren ehrgeizigen Masterplan zur Verbesserung der Kinderbetreuung zu finanzieren.

Mittlerweile werden 885 Kinder in Kinderkrippen und von Tagesmüttern

betreut.

Hinzukommen 2.675 Kinder, die in der AUBE eingeschrieben sind.

Wir haben schon heute mit 40 % die höchste Kinderbetreuungsquote in Belgien.

Wir sind auch deutlich besser als der internationale Durchschnitt.

Aber, wie zuletzt noch mal in unserer Regierungserklärung bekräftigt, wollen wir uns damit nicht zufrieden geben.

Auch in diesem Bereich wollen wir mehr!

Wir wollen innerhalb weniger Jahre dafür sorgen, dass **100 % aller Kinder**, die einen Betreuungsplatz brauchen, auch einen Betreuungsplatz erhalten.

Und wir wollen die Ferienangebote für Kinder konsequent erweitern; so wie wir es uns in unserem Masterplan vorgenommen haben..

Folgerichtig werden die entsprechenden Haushaltszuweisungen im kommenden Jahr erneut erhöht.

Mittlerweile haben wir darüber hinaus die Gehälter für Kinderbetreuer, Familien- und Seniorenhelfer deutlich erhöht.

Ca 200 Personal kommen seit September 2018 in den Genuss dieser Aufwertung.

Die hierfür notwendigen Finanzmittel in Höhe von immerhin 710.000 EUR haben wir jetzt jährlich wiederkehrend in den Haushalt eingetragen.

Am 01. Januar 2019 tritt zudem unser neues System zur Auszahlung von **Familienzulagen** in Kraft.

70% aller Familien werden ab Februar 2019 ein höheres Kindergeld erhalten.

Gleichzeitig wird durch einen Übergangsmechanismus dafür gesorgt, dass niemand weniger Geld erhält als zuvor.

Kolleginnen und Kollegen,

Als einzige Gemeinschaft unseres Landes erhöhen wir die Mittel für das Kindergeld.

Als einzige zahlen wir mehr Kindergeld aus als wir vom Föderalstaat hierfür bekommen.

Und zwar ungefähr 2 Millionen EUR, die wir jetzt in den Haushalt eingetragen haben.

Der belgische Bund der Familien hat nicht ohne Grund öffentlich erklärt, dass unser neues **Familienzulagensystem** das „**großzügigste**“ und „**kinderfreundlichste**“ in ganz Belgien ist

Gleichzeitig werden wir die Mittel des Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche im kommenden Jahr mehr als verdoppeln.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden nicht nur; **wir handeln!**

Wir lassen unserer Worten Taten folgen!

Und wir sind in der Lage diese Taten zu finanzieren.

Im Bereich der **Gesundheitsförderung** sehen wir zusätzliche Mittel vor bspw. für die Umsetzung der Demenzstrategie und mehrere Präventionskampagnen.

Der KPVDB werden zusätzliche 75.000 EUR für die Ausbildung von Kinderbetreuern zur Verfügung gestellt, um auf den steigenden Bedarf zu reagieren.

Insgesamt **erhöhen wir im kommenden Jahr** - im Vergleich zu 2018 - den laufenden **Ausgabenhaushalt für Familien, Senioren, Gesundheit, Behindertenpolitik und Soziales um 3,7 %**

Und das bedeutet mit Blick auf diese Legislaturperiode:

Innerhalb von 4 Jahren haben wir den jährlich Sozialhaushalt um 13,2 Millionen EUR (!!)erhöht

von 84,9 Millionen im Jahre 2015 auf 98,1 Millionen im Jahre 2019.

13,2 Millionen (jährlich wiederkehrend) mehr für Familie, Senioren und Gesundheit!

Eine derartige finanzielle Aufwertung innerhalb weniger Jahre haben diese Bereich noch nie zuvor erfahren.

Diese **finanzpolitische Weichenstellung** belegt, dass wir es von Anfang ernst gemeint haben mit unserem Ziel

dafür zu sorgen,
dass es gerecht zugeht in Ostbelgien.

Familien- und Seniorenpolitik gehörten von Anfang zu unserer wichtigsten Schwerpunkten.

Davon zeugen alle Regierungserklärungen,
die wir seit September 2014 hier vorgetragen haben.

Und der Haushalt beweist : **Wir haben Wort gehalten!**

Und wenn es nach uns geht,
dann sollte sich die Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen.

Eine durchaus vergleichbare Entwicklung hat der **Bildungsbereich** erfahren.

Die Verbesserung von Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit gehört bekanntlich ebenfalls zu unseren obersten Prioritäten

Folgerichtig haben wir den **Unterrichtshaushalt in dieser Legislaturperiode um knapp 15 % erhöht; trotz sinkender Schülerzahlen.**

Das ist nachweisbar die höchste Steigerung eines Unterrichtshaushaltes innerhalb einer Legislaturperiode seit Übertragung des Unterrichtwesens an unsere Gemeinschaft.

Wir belassen also nicht nur die demographische Rendite, die sich automatisch aus sinkenden Schülerzahlen ergibt, im Unterrichtshaushalt – schon das gelingt vielen Nachbarregionen übrigens nicht – das ist nicht selbstverständlich.

Sinkende Schülerzahlen führen in vielen Regionen zu sinkenden Bildungsausgaben.

Bei uns ist das anders.

Sinkende Schülerzahlen führen in unserem Unterrichtshaushalt nicht zu sinkenden Ausgaben.

Im Gegenteil!

Wir erhöhen unsere Bildungsausgaben sogar - jedes Jahr - in beachtlichem Ausmaß.

Wir investieren heute 14,3 Millionen mehr in das Unterrichtswesen als 2015.

Wir haben bspw. die Anzahl der Integrationsstunden um 25 % erhöht.

Wir haben 20 zusätzliche Stellen für den Einsatz von Förderpädagogen in Regelschulen geschaffen.

Wir haben unsere Investitionen in das Zentrum für Förderpädagogik massiv ausgebaut.

Zusätzliche Berater für das Sekundarschulwesen wurden eingestellt.

Das Middle Management in unseren Schulen wurde verbessert.

Den Grundschulen werden Chefsekretäre zur Verfügung gestellt.

Alleine dadurch entstehen immerhin 10 neue Stellen im Unterrichtswesen.

Der AHS werden ebenfalls 9 zusätzliche Vollzeitstellen gewährt.

Die Investitionen in die Weiterbildung von Lehrpersonen werden kontinuierlich angehoben

Die Mittel für die Reduzierung des Anteils der Eltern an den Schulbesuchskosten ihrer Kinder wurden glatt verdoppelt.

Die Normen für Sprachförderung und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wurden deutlich verbessert.

Alleine in die Verbesserung des Dekrets für neu ankommende Schüler investieren wir mittlerweile 800.000 EUR pro Jahr.

Und nicht zu vergessen:

Wir schaffen progressiv 50 zusätzliche Vollzeitstellen für die Einstellung von Kindergartenassistenten.

Darüber hinaus erhöhen wir jetzt erneut unsere Investitionen in die Ausstattung aller Schulen aller Netze, insbesondere mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung und die Ausstattung unserer Schulen mit modernen IKT.

Mehr Geld investieren wir im kommenden Jahr auch in die politische Bildung, in die Berufswahlvorbereitung und in die Ausbildung von pädagogischen Führungskräften.

All das und vieles mehr sichern wir mit unserer Haushaltsplanung ab.

Wie Sie den Haushaltsdokumenten entnehmen können, **erhöhen wir die Bildungsausgaben 2019 im Vergleich zu 2018 erneut**

**um 3,5 Millionen EUR,
das entspricht einer Steigerung um 3,2 %.**

Noch konsequenter sind wir bei der **Aufwertung der mittelständischen Ausbildung** vorangekommen.

Die duale Ausbildung ist ein Aushängeschild für unsere Gemeinschaft.

Es sind nicht zuletzt die Gesellen und Meister,
die die Zukunft unserer Standortes absichern und wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichen.

Auf diese jungen Menschen müssen wir bauen.

In diese Menschen müssen wir investieren!

Deshalb haben wir unsere Investitionen in die mittelständische Ausbildung in dieser Legislaturperiode schon um 32,2 % (!!)erhöht.

Im kommenden Jahr werden die Ausgaben für diese Ausbildung erneut um 5 % angehoben,
unter anderem um innovative Interregprojekte wie Garage 4.0, SeamGR und Smart Energie ko-finanzieren zu können.

Mehr Geld gibt es im kommenden Jahr auch für die Gemeinden:

Die Gemeindedotation wird aufgrund veränderter Wirtschaftsparameter um knapp 1 Millionen EUR angehoben.

Die Beschäftigungsbeihilfen für die Gemeinden werden um 100.000 EUR erhöht.

Die **Straßenbaudotation** wird ebenfalls erneut erhöht : um 250.000 EUR.

Und das bedeutet: wir haben auch in diesem Bereich **Wort gehalten**.

Wir hatten zu Beginn dieser Legislaturperiode versprochen, den Gemeinden mehr Geld für den Unterhalt ihrer Straßen zur Verfügung zu stellen.

Das haben wir getan.

Wir haben die Straßenbaudotation für unsere Gemeinden in dieser Legislaturperiode um 73 % (!!)erhöht;

von 1.300.000 EUR im Jahre 2014 auf 2,25 Millionen EUR im Jahre 2019.

Ich erinnere daran, dass wir zu diesen Erhöhungen keinesfalls verpflichtet sind.

Sie ergeben sich auch nicht aus der Veränderung von Wirtschaftsparametern.

Nein, es handelt sich um eine bewusste politische Entscheidung der Regierung und der sie tragenden Mehrheit.

Wir wollen unseren Beitrag zum Erhalt der Straßen erhöhen!

Wir wollen für bessere Straßen sorgen!

Die Wallonische Region,

von der wir diese Zuständigkeit seinerzeit übernommen hatten,

überweist uns gerade einmal 800.000 EUR für den Unterhalt kommunaler Straßen.

Das entspricht dem,

was die WR vormals selbst unseren Gemeinden hierfür zur Verfügung stellte.

Wir geben heute fast Dreifache hierfür aus.

An diesem Beispiel wird erneut sichtbar,

dass wir alle Zuständigkeiten,

die uns übertragen werden,
nutzen, um **Mehrwerte für unsere Bevölkerung** zu schaffen.

Das war immer so und das wird auch in Zukunft so sein.

Wir nutzen jede neue Zuständigkeit
um Bürokratie abzubauen,
Verwaltungswege zu verkürzen
und maßgeschneiderte Angebote für die spezifischen Bedürfnisse
der deutschsprachigen Belgier zu entwickeln.

Die Übernahme der Gemeindezuständigkeiten ist hierfür ein gutes Beispiel.

Wir haben in diesem Bereich nämlich schon
in den beiden vergangenen Legislaturperioden genau das getan.

Der Dialog mit den Kommunen wurde auf Augenhöhe verbessert,
die Mittel wurden erhöht,
die Aufsicht wurde vereinfacht,
willkürliche Entscheidungen wurden unterbunden,
die Dreijahrespläne wurden abgeschafft,
die Bezuschussung von nicht denkmalgeschützten Kirchen und Kapellen wurde
ermöglicht, Gemeindehäuser und Bauhöfe wurden für mehrere Millionen EUR
saniert und erweitert.

Ein weiterer Beweis für den **Mehrwert unserer Autonomie**.

Den Mehrwert unserer Autonomie kann man auch in der **Beschäftigungspolitik**
erkennen.

Dank der **erfolgreichen Verhandlungen** mit der wallonischen Regierung
haben wir zahlreiche neue beschäftigungspolitische Zuständigkeiten erhalten,
die wir jetzt nutzen um arbeitssuchende Menschen schneller in Arbeit zu

bringen,
zur Fachkräftesicherung beizutragen,
Ausbildungen verstärkt zu fördern
und Verwaltungsabläufe zu vereinfachen.

So haben wir bspw. die bestehenden 20 Aktivierungsprogramme auf 2 reduziert,
attraktive Prämien und Beschäftigungsanreize eingeführt
und den nicht kommerziellen Sektor strukturell gestärkt.

Die Reform der Zielgruppen tritt am 01. Januar 2019 in Kraft.

Hierfür stellen wir im kommenden Jahr **zusätzliche Mittel in Höhe von 650.000 EUR** (netto) zur Verfügung.

Seit der Verabschiedung des neuen Kulturförderdekret ,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
wurde **der Kulturhaushalt um 81 % erhöht.**

Dadurch konnte der Kultursektor weiter professionalisiert
und das kulturelle Angebot in Ostbelgien erheblich erweitert werden.

Um jungen Menschen einen kostenfreien Zugang zu diesen Angeboten zu
ermöglichen,
haben wir vor einigen Jahren das Programm „Kultur macht Schule“ eingeführt.

Wir haben unsere Investitionen in dieses Programm
bereits verdreifacht.

Und wir wollen unsere Anstrengungen für den Kulturbereich im kommenden
Jahr
noch einmal spürbar verstärken.

Ich betone spürbar:

Denn wir erhöhen den Kulturhaushalt 2019 im Vergleich zu 2018 um 8 %.

Davon werden vor allem die Museen profitieren.

Wir haben unsere Unterstützung deutlich erhöht und 2 zusätzliche Museen anerkannt.

Im Zuge der Anpassung des Kulturdekrets
und aufgrund der BVA-Reform
erhalten auch die professionellen Kulturträger zusätzliche Finanzmittel.

Wie Sie feststellen können, liebe Kolleginnen und Kollegen,
haben wir uns bei den laufenden Ausgaben genau an die Schwerpunkte gehalten,
die wir zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt
und in mehreren Regierungserklärungen hervorgehoben hatten.

Wir waren und sind bereit, gewillt und in der Lage
die 2. Umsetzungsphase unseres REK zu finanzieren.

Die Steigerungen im laufenden Ausgabenhaushalt sind ein ausdrucksvoller
Beleg dafür.

Dasselbe gilt für unsere Schwerpunkte im Infrastrukturbereich.

Im **Infrastrukturplan** 2018-2019 sehen wir nun
Investitionen in Höhe von **8,2 Millionen EUR** vor.

Damit werden wir **133 Infrastrukturvorhaben** finanzieren.

Zu 60 % bezuschussen wir bspw.

Erneuerung der Heizungsanlage der Pfarrkirche Oudler,
Instandsetzung des Daches der Kirche Honsfeld,
Instandsetzung der Pfarrkirche in Elsenborn (813.787 EUR Zuschuss),

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert,
dass keine andere Gemeinschaft in Belgien
nicht denkmalgeschützte Kirchen oder Kapellen bezuschusst.

Wir sind die Einzigen,
die dafür Geld zur Verfügung stellen.

Zu 60 % bezuschussen wir ebenfalls:

die Erneuerung der Dachfläche des Pfandfinderheims Berg,
die Erneuerung der Toiletten und die Trockenlegung des Kellers des MV
Steinemann Espeler, die Sanierung des Daches des MV Dürler,
Sanierungsarbeiten im IKOB,
das Anbringen einer Leuchtreklame am Kino Corso in St.Vith,
die Umgestaltung des Franziskanerklosters,
verschiedene Arbeiten im Vereinslokal Neundorf,
den Saalneubau in Oudler (570.000 EUR Zuschuss),
Sanierungsarbeiten an der Ochsenalm in Eupen,
die Einrichtung einer Zielscheibenanlage und eines Kugelfangs
für den Schützenverein in Rodt,
die Erneuerung von Spielgeräten in der MG St.Vith,
die Erneuerung der Beleuchtung und des Hallenbodens des Tennisclubs St.Vith,
das Ersetzen der Hallenbeleuchtung im Sportzentrum Kelmis,
die Anschaffung von Spielgeräten in Eupen/Kettenis,
das Anlegen von Bewegungs- und Gesundheitsparcours in Eupen und in
Kettenis,

den Sportboden der GS Walhorn,
die Aufwertung des Schulhofs der GS Medell.

60 % der Kosten übernehmen wir auch
für die Erneuerung der Spielgeräte in der GS Elsenborn,
die Sanierung der ehemaligen Schwimmhalle im Sportzentrum Kelmis (385.000
EUR Zuschuss),
Energiesparmassnahmen und Flutlichter im Fussballstadion Kelmis,
das Anbringen von Trennwänden in der GS Walhorn,
die Sanierung des Überlaufs im Casino Weiher Kelmis,
den Ab- und Wiederaufbau des Torbogens in der Burg Raeren,
die Sanierung des Turms und der Fassade des Museums Raeren,
die Sanierung des Dachs in der Rochuskapelle Hauset,
die Erneuerung von Fenstern und Türen in der Pfarrkirche Amel,

Zu 80 % bezuschussen wir bspw.
den Ankauf eines Wohnhaus für das Begleitzentrum Griesdeck
(Zuschuss 339.000 EUR),
die Erneuerung der Heizungsanlage in der SGO,
die Küchenausstattung des KUZ,
die Erneuerung der Fenster im KG Schoppen,
eine Kletterwand in der GGS Bütgenbach,
das Ersetzen der Glaskuppel im KG Kettenis,
den Anbau eines Geräteraums für die GS Elsenborn, z
ahlreiche Sanierungsarbeiten in der PDS und in der PDG.

Zu 100 % übernehmen wir zum Beispiel
die Kosten für Container am KA St.Vith,
das Projekt O-Schulentwicklung von KAS und ZFP,
das Anbringen einer Kletterwand im RSI,
die Einrichtung einer Lernlandschaft im KAE,
die Einrichtung eines Outdoor-Parcours auf dem Schulhof des KAE,
die Einrichtung einer neuen Klasse am ZAWM Eupen,

Um nur einige Beispiele zu nennen.

Insgesamt investieren wir also 8,2 Millionen in Infrastrukturmaßnahmen.

Und wir denken, dass alle diese Projekte notwendig und sinnvoll sind.

Sie sind greifbar und sie dienen den Menschen.

Sie tragen dazu bei,
die Lebensqualität in Ostbelgien zu verbessern.

Und sie dokumentieren anschaulich, wie konkret unsere Arbeit ist.

Sie zeigen einmal mehr auf,
wo der Mehrwert unserer Gemeinschaft liegt

Die gesamte Regierung hat **jedes einzelne dieser Projekte
mit den 9 Gemeindegemeinschaften in unserer Gemeinschaft besprochen.**

Wo gibt es das schon außerhalb unserer Gemeinschaft ?

Kolleginnen und Kollegen,
soviel zu den Einnahmen,
den Veränderungen bei den laufenden Ausgaben
und zum Infrastrukturplan.

Aus all dem ergibt sich natürlich ein Haushaltsergebnis.

Und das ist in unserem Fall äußerst positiv und beruhigend.

Zum 2. Mal in Folge unterbreiten wir Ihnen heute einen ausgeglichenen Haushalt.

Die schwarze Null steht sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr.

Die 2. Haushaltanpassung enthält für das Jahr 2018 keine negativen Überraschungen.

Im Gegenteil!

Für das **Jahr 2018** können wir sogar mit großer Wahrscheinlichkeit **erstmalig von einem Haushaltsüberschuss** ausgehen.

Wenn man sich den heutigen Stand unserer Ausgaben anschaut, was mittlerweile ja jede Bürgerin und jeder Bürger live im Internet tun kann, dürfen wir für das Jahr 2018 von einem Gewinn in Höhe **ca 2-3 Millionen EUR** ausgehen.

Diesen Überschuss wollen wir am Jahresende in den vorzeitigen Schuldenabbau investieren.

Für das Jahr **2019** sieht die Haushaltsplanung **ähnlich** aus.

Ex Ante haben wir einen Überschuss von 293.000 EUR vorgesehen.

Da wir aber weiterhin an der Durchforstung unserer Ausgaben festhalten und nicht alle vorgesehenen Mittel auszuschöpfen gedenken, wird das Haushaltsergebnis 2019 wahrscheinlich ebenfalls deutlich besser ausfallen.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir haben die Finanzen unserer Gemeinschaft im Griff.

Die schwarze Null steht.

Unsere aus 7 Bausteinen bestehende **finanzpolitische Strategie ist vollends aufgegangen.**

Wir verzichten in diesem und im kommenden Jahr auf jedwede Neuverschuldung.

Als einzige Gemeinschaft unseres Landes werden wir 2018 voraussichtlich sogar einen Überschuss erzielen.

Diese solide Finanzpolitik eröffnet selbstredend **neue Handlungsspielräume für die kommenden Jahre.**

Eine präzise Berechnung wird man zwar erst Mitte 2019 machen können.

Aber die Größenordnung ist absehbar.

Die entsprechenden Prognosen sind nämlich sehr stabil.

Sie haben sich in den letzten Jahren kaum verändert.

Für die kommenden 5 Jahre sehen wir neue Handlungsspielräume in Höhe von **11 Millionen EUR für neue laufende Ausgaben** vor.

Wenn die kommende Regierung zudem an der jetzigen Haushaltsdisziplin in den fakultativen Ausgaben festhält, werden die Spielräume sogar noch grösser sein.

Hinzu kommen natürlich all jene Handlungsspielräume, die die kommende Regierung durch Umschichtungen selbst erarbeiten kann.

Dem können und wollen wir nicht vorgreifen.

Fest steht aber, dass die Handlungsspielräume ausreichen werden, um eine **3. Umsetzungsphase des REK** zu finanzieren.

Entsprechende Projektvorschläge haben wir ja bereits erarbeitet.

Die Handlungsspielräume werden in jedem Fall auch **ausreichen**, **um** den anstehenden Herausforderungen beispielsweise in der Seniorenpolitik zu begegnen, zusätzliche Alten- und Pflegeheimplätze zu finanzieren, die Gehälter des Pflegepersonals zu erhöhen, den sozio-kulturellen Sektor aufzuwerten, ein neues Sektorenabkommen für den öffentlichen Dienst zu vereinbaren oder bspw. auch um zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder zu finanzieren und unserem Anspruch gerecht zu werden, den Bedarf in diesem Bereich zu 100 % zu erfüllen.

Die Verhandlungen über ein neues Abkommen mit dem NKS beginnen am 22.1.2018.

Die Verhandlungen über ein neues Abkommen für den öffentlichen Dienst haben bereits begonnen.

Wir sind zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, in all diesen Bereichen zufriedenstellende Abschlüsse zu erzielen.

Die finanzpolitischen Bäume wachsen zwar nirgendwo in den Himmel, auch nicht in Ostbelgien, aber wir sind nachweislich in der Lage unsere Ziele zu finanzieren, die wir in unserer letzten Regierungserklärung bekräftigt hatten.

Und das stimmt uns optimistisch.

Zumal ja die allermeisten Vorhaben bereits in der Ausgabenplanung berücksichtigt wurden.

Das gilt bspw. für die 50 zusätzlichen Stellen, die wir für die Einstellung von Kindergartenassistenten schaffen oder auch für die erfolgte deutliche Erhöhung der Gehälter von Kinderbetreuern, Familien -und Seniorenhelfern.

All das wurde bereits in die Ausgabenplanung eingetragen; braucht also nicht von den neuen Handlungsspielräumen abgezogen zu werden.

Beruhigend ist in diesem Zusammenhang übrigens die Tatsache, dass wir uns zudem bereits auf einen möglichen Anstieg der Zinsen vorbereitet haben.

Das belegen die Sensitivitätsanalysen, die wir Ihnen unterbreitet haben.

Für neue Investitionen in Infrastrukturprojekte sehen wir für die kommende Legislaturperiode zusätzliche Handlungsspielräume in Höhe von **50 Millionen EUR** vor.

So viel wie selten zuvor in der Geschichte unserer Gemeinschaft.

Wenn ich mal von der laufenden Legislaturperiode und dem 1. Schulbauprogramm absehe, hat noch nie eine Regierung so viel in Infrastruktur investiert,

wie wir an Handlungsspielräumen für die kommende Legislaturperiode
vorsehen.

Zwischen 1999 und 2004 wurden knapp 48 Millionen in Infrastruktur investiert.

Zwischen 2005 und 2009 waren es 41 Millionen.

Zwischen 2010 und 2014 waren es 39 Millionen.

Wenn wir also jetzt 50 Millionen EUR für die kommende Regierung einplanen;
dann ist das ein vergleichsweise hoher Betrag.

Dann sind das durchaus beachtliche Handlungsspielräume;
vor allem wenn man bedenkt,
dass wir bereits das 2. PPP-Projekt,
von dem vor allem Schulen in Kelmis und St.Vith profitieren werden,
mit Projektkosten in Höhe von 120 Millionen in der Simulation berücksichtigt
haben.

Für **neue Investitionen in Ausstattungen**

sehen wir darüber hinaus zusätzliche Handlungsspielräume
in Höhe von **10 Millionen EUR** vor.

Auch das ist ein Rekordwert.

Das ist mehr als doppelt so viel wie wir in dieser Legislaturperiode investiert
haben.

Wir haben in dieser Legislaturperiode 4,2 Millionen EUR in Ausstattungen
investiert.

Der kommenden Regierung stehen also ausreichend Spielräume zur Verfügung
um beispielsweise in die Ausstattung von Seniorenheimen, Kinderkrippen
und Schulen zu investieren.

Kolleginnen und Kollegen, **ich fasse zusammen:**

Wir bleiben auch in diesem Jahr unserer inhaltlichen Schwerpunktsetzung treu:

Wir erhöhen in erheblichem Ausmaß unsere Investitionen in Bildung, Soziales, Familie, Senioren und Gesundheit.

In diese Bereiche fließen mittlerweile mehr als **Zwei Drittel unsere laufenden Ausgaben.**

Trotzdem gelingt es uns weiterhin, den **Haushalt im Gleichgewicht** zu behalten.

2018 werden wir mit hoher Wahrscheinlichkeit erstmals einen Überschuss erzielen.

Genauso wie 2019.

Der kommenden Regierung übertragen wir **beachtliche Handlungsspielräume**, sowohl für neue laufende Ausgaben als auch für Investitionen in Infrastrukturprojekte und Ausstattungen.

Die Verschuldung der Gemeinschaft bleibt weiterhin verkraftbar.

Wir geben im kommenden Jahr gerade einmal 1,1 % unserer Einnahmen für die Rückzahlung von Kapital und Zinsen aus.

Das ist extrem wenig.

Auf einen möglichen Anstieg der Zinsen sind gut vorbereitet.

Die nominale Schuld der DG steigt zwar durch die Umklassierung des 1. PPP-Projektes buchhalterisch sehr deutlich an.

Diese rein buchhalterische Operation ändert aber nichts an der Realität, sie hat aber keinerlei Auswirkungen, weil wir das PPP immer als Schuld angesehen und ausgewiesen hatten.

Wir halten auch weiterhin an unserem Ziel fest, für **maximale Transparenz** in allen finanzpolitischen Fragen zu sorgen.

Wir haben unser Versprechen eingehalten den Haushalt und die gesamte Finanzsituation der Gemeinschaft über einen Finanzmonitor im Internet für jedermann offenzulegen.

Ich freue mich darüber, dass offensichtlich viele Menschen von diesem Angebot Gebrauch machen.

Und wir verfeinern auch weiterhin unsere schriftliche Rechtfertigungserklärung.

Heute unterbreiten wir Ihnen eine mehr als 1000 Seiten umfassende Fibel, in der wir über unsere Einnahmen, Ausgaben und Vorhaben detailliert Rechenschaft ablegen.

Wir sind zweifelsohne auf einem gesunden und nachhaltigen finanzpolitischen Weg und haben deshalb viele Gründe mit **Zuversicht und Optimismus in die Zukunft** zu schauen!

Wie Sie mit Erleichterung festgestellt dürften, habe ich meine Redezeit heute nicht ganz ausgeschöpft.

Ich verweise für alle weiteren Erklärungen auf die Unterlagen,
die jetzt verteilt werden
und wünsche uns allen konstruktive Debatten in den Ausschüssen und später im
Plenum.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!